

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN SPD MBI

Fraktionsgeschäftsstelle:

Bahnstraße 50
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208 / 47 92 41
Telefax: 0208 / 47 96 68
E-Mail: gruene-fraktion@stadt-mh.de

- Fraktionen im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**
 Fraktion in der Bezirksvertretung 1 oder 3

Antrag

Nr.: A 11/0303-02**gemäß § 9 der Geschäftsordnung****öffentlich****Datum:** 07.04.2011**Postversand:****Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld
 Frau / Herrn Vorsitzende/n Name des Ausschusses
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

Beratungsfolge:

Status: *	Datum:	Gremium:	Berichterstattung:
Ö	14.04.2011	Rat der Stadt	Tim Giesbert, Dieter Wiechering, Lothar Reinhard

* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

RWE AG**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr bittet die Oberbürgermeisterin, die Geschäftsleitung der RWE AG aufzufordern, die Klage gegen die vorläufige Abschaltung des Kernkraftwerks Biblis A zurückzunehmen.

Weiterhin wird die OB als Mitglied des Aufsichtsrates der RWE AG gebeten, gemäß § 5 Absatz 1 der Geschäftsordnung für den RWE-Aufsichtsrat eine Sondersitzung des Gremiums zu verlangen. Thema der Sitzung soll die RWE-Klage gegen die vorläufige Abschaltung des Kernkraftwerks Biblis A sein. Begründung für das Verlangen nach Einberufung der Sondersitzung ist u.a. die aktuelle Wahrnehmung des Unternehmens in der Öffentlichkeit.

Zudem werden Verwaltung und OB gebeten, auf der RWE-Aktionärsversammlung am 20. April 11 im Rahmen der kommunalen Aktionäre für die Rücknahme der Klage einzutreten, entsprechende Initiativen (mit)zuformulieren und zu vertreten.

Der Rat sieht es als unverantwortlich an, den sich anbahnenden Konsens in Politik und Gesellschaft zum Ausstieg aus der Atomenergie seitens der RWE juristisch zu unterlaufen.

In seiner Verantwortung für die Stadt Mülheim an der Ruhr als bedeutende kommunale Aktieneignerin des RWE setzt er ein Zeichen gegen die Gefährdung der Bürgerinnen und Bürger.

Begründung:

Die Gefahren der Atomenergiegewinnung sind ausreichend bekannt. Auch im Interesse des Unternehmens ist die Klagerücknahme geboten: Immer mehr Kunden sind entschlossen – gerade auch wegen dieser Klage – den RWE den Rücken zu kehren und einen anderen Anbieter zu suchen. Die drei anderen großen Energieunternehmen haben von einer Klage abgesehen. Es wäre klug, wenn sich die RWE-Führung ebenfalls eines Besseren besinnen würde.

Eine Sonderaufsichtsratssitzung ist aus Unternehmenssicht auch deshalb nötig, weil das Vorgehen des Vorstandes das für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg notwendige Image der RWE gefährdet.

Dieter Wiechering

Fraktionsvorsitzender

Lothar Reinhard

Fraktionsvorsitzender

Tim Giesbert

Fraktionssprecher